



Redetexte zur Medienkonferenz

«Nein zur Abschaffung der Verrechnungssteuer»

Es gilt das gesprochene Wort. / Seules les paroles prononcées font foi.

* * * * *

Cédric Wermuth, Co-Präsident der SP Schweiz und Nationalrat (AG)

Es mag in den vergangenen Wochen so aussehen, aber ich versichere ihnen: Nein, Referenden lancieren, ist nicht mein neues Hobby und nicht das der SP. Wir würden viel lieber unsere Energie auf die positiven Projekte verwenden, mit der wir die gerechte, ökologische und soziale Schweiz vorantreiben wollen, als auf Defensivkämpfe. Aber offenbar hat die rechte Mehrheit in Bundesrat und Parlament entschieden, alle Karten auf eine Zermürbungstaktik der Linken und der Gewerkschaften zu setzen. Wir sind deshalb heute auch hier um ihnen mitzuteilen: Damit haben sie sich gewaltig geschnitten, wir geben so schnell nicht klein bei.

Wenn Sie den Entwurf Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer vom 15.04.2021 lesen werden Sie feststellen, dass dieses Dokument einen gewissen Originalitätswert hat. Es dürfte die einzige Botschaft sein, in der der Bundesrat dem Parlament gleich auf den ersten Seiten eine Art Wunschliste weiterer Steuersenkungen präsentiert, auf die er «zurzeit» verzichten möchte. Übersetzt aus Politiker:innendeutsch ist das nichts anderes als eine Handlungsanleitung für die Zeit nach einer erfolgreichen Volksabstimmung. Es ist das alte Spiel der Salamtaktik, dass wir bereits kennen. Insbesondere die Senkung der Verrechnungssteuer auf Beteiligungserträgen auf 15 % dürfte als nächste Salamischeibe kaum auf sich warten lassen. Finanzielle Folgen: Ausfälle von 1,6 Milliarden Franken bei Bund und Kantonen. Die bereits vorliegende Steuergeschenke- und Abbauliste der bürgerlichen Mehrheit ist aber bereits ohne das bundesrätliche Wunschkonzert im Botschaftsentwurf sehr lange, wie die nachfolgende Auflistung zeigt:

Geschätzte Steuerausfälle der geplanten Steuergeschenke (in Mio. Fr.)

| | Bund | Kantone |
|---|------------------------|-------------|
| Abschaffung der Emissionsabgabe (Stempelsteuer) | 250 -400 | |
| Abschaffung Eigenmietwert | ca. 80 | 1600 |
| Pauschalabzüge Prämien von der direkten BST | ca. 400 | 80 |
| Abschaffung Verrechnungssteuer auf Obligationen | 200 - 800 ¹ | 20 - 80 |
| Total | 930 - 1700 | 1700 |

¹ Je nach Zinsentwicklung

Begründet werden alle diese Vorlagen immer mit dem Yeti unter den ökonomischen Theorien: Den dynamischen Effekten. Wie beim Yeti gibt eine kleine, eingefleischte Gemeinde von Gläubigen, die sich ganz sicher ist, dass er existiert: Gesehen hat ihn aber noch niemand. Was aber eine Tatsache ist, ist, dass wir jetzt wiederholt feststellen müssen, dass das Finanzdepartement die Effekte seiner Steuerreformen kleinrechnet. So auch hier. Ohne das Insistieren der SP-Vertreter:innen in den Kommissionen wäre das reale Ausmass dieser Vorlage nie bekannt geworden.

Die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen ist ein Baustein eines grösseren Gesellschaftsprojektes, auf das ich sie aufmerksam machen möchte. Wir erleben zur Zeit nichts weniger als den Versuch, die Privilegien des Kapitals, der Konzerne und Aktionäre auf allen Ebenen zu verrechtlichen. Sie sollen anders, besser behandelt werden, als Otto und Susanne Normalverbraucherin. Für die einen gilt die Mehrwertsteuer, für die anderen wird der Stempel abgeschafft. Für die einen gilt die Verrechnungssteuer auf dem Lohnkonto, für die anderen wird sie abgeschafft. Für die einen gelten die Gesetze uneingeschränkt, für die anderen soll eine «Regulierungsbremse» vor Ansprüchen an die soziale oder ökologische Verantwortung schützen. Gegen diese systematischen Ohrfeigen gegen die ehrlichen Bürgerinnen und Bürger setzen sich die SP und ihre Verbündeten mit aller Kraft zur Wehr.

* * * * *

Prisca Birrer-Heimo, SP-Nationalrätin (LU)

Die Verrechnungssteuer ist eine Sicherungssteuer, die Steuerhinterziehung verhindern soll. Wer die Einnahmen deklariert und korrekt versteuert, bekommt die Verrechnungssteuer zurückerstattet. Mit diesem simplen und bewährten Anreizsystem wird die Steuerehrlichkeit erhöht.

Auf inländischen Obligationen soll die Verrechnungssteuer nun abgeschafft werden. Damit wird der Sicherungszweck ausgehebelt. Es entsteht ein neues Steuerschlupfloch für jene, die Erträge bzw. Vermögensteile nicht oder unvollständig deklarieren. Das ist ein Freipass für mehr in- und ausländische Steuerkriminalität. Am Schluss bezahlen die ehrlichen Steuerpflichtigen, die jeden Franken ihres Einkommens und ihres Sparkontos versteuern, die Steuerausfälle. Einmalig kostet das Ganze eine Milliarde, jährlich wiederkehrend im aktuellen Tiefzinsumfeld rund 200 Millionen Franken. Bei einem Zinsniveau von 3 – 4 % dürften die Steuerausfälle 600 – 800 Millionen Franken betragen. Davon sind auch die Kantone betroffen, da sie 10% der Verrechnungssteuererträge erhalten.

Ursprünglich sollte mit der Verrechnungssteuerreform ein Systemwechsel vollzogen werden, indem die Steuer nicht bei den Herausgebern von Anleihen (heutiges Schuldnerprinzip), sondern bei den Empfängern bzw. den Banken der Empfänger (Zahlstellenprinzip) erhoben wird. Damit wäre auch das Steuerschlupfloch bei den Erträgen aus ausländischen Obligationen geschlossen worden. Nach massivem Lobbying aus der Banken- und Finanzbranche wurde der Systemwechsel sang- und klanglos gestrichen, das bestehende Steuerschlupfloch belassen und ein erst noch ein neues geschaffen. Der Bundesrat wollte ursprünglich den Sicherungszweck noch ausdehnen, die Bürgerlichen verweigerten jegliche Massnahme wie beispielsweise ein Meldeverfahren. Die Spätschäden der damaligen «Matter-Initiative» zum Schutz des Bankkundengeheimnisses spricht

Steuerhinterzieher-Geheimnisses sind offensichtlich: Die rechte Parlamentsmehrheit hat deren Rückzug mit dem Verzicht auf eine Verschärfung des Steuerstrafrechts und mit Bedingungen für eine Verrechnungssteuerreform ohne Sicherung versüsst.

Während das ersparte Kleinvermögen auf den Sparkonti weiterhin der Verrechnungssteuer unterliegt, ziehen sich Grossanleger steuerfrei aus der Affäre. Diese Selbstbedienungsmentalität der Teppichetage, die lange Reihe von Steuervorlagen, die einseitig Kapital und die Vermögendsten bevorzugen, muss gestoppt werden!

* * * * *

Natascha Wey, Stv. Generalsekretärin VPOD Schweiz

Als Gewerkschaften reiben wir uns zusehends die Augen über die schamlose Selbstbedienungsmentalität der bürgerlichen Mehrheit im Parlament, das nach einer beispiellosen Krise nichts anderes zu tun hat, als reihenweise Steuerentlastungen für Firmen und Grossverdienende zu beschliessen. Seit Jahren findet eine Umverteilung von Arbeitnehmenden zu Vermögenden, Gutverdienenden und Unternehmer:innen statt, indem Steuern für Finanzplatz und Oberschicht gesenkt oder abgeschafft werden.

Arbeitnehmende, die einer Lohnarbeit nachgehen und brav und transparent ihre Steuern bezahlen, geraten dagegen zusehends unter Druck. Steigende Krankenkassenprämien und steigende Mieten belasten das Haushaltsbudget. Zwischen 2016 und 2022 stiegen die Löhne real nur um 0.2 Prozent pro Jahr, die Lohnentwicklung hinkt der Wirtschaft hinterher. Sinkende Pensionskassenrenten und AHV-Rente reichen für viele nicht mehr zum Leben. Und in der Corona-Pandemie haben die Arbeitnehmenden mit den tiefen und mittleren Löhnen am meisten Kaufkraft verloren, sie standen an der Front im Verkauf, im ÖV, in der Gesundheit.

Statt diese Probleme anzugehen, vergrössert die bürgerliche Mehrheit die Ungleichheit immer weiter. Nun sollen mit der Abschaffung der Verrechnungssteuer Vermögende, die in Obligationen anlegen können, künftig keine Verrechnungssteuer mehr zahlen. Das öffnet Tür und Tor für Steuerhinterziehung. Wer hingegen ein Sparkonto mit einem bescheidenen Pölsterchen hat, bleibt weiterhin der Verrechnungssteuer unterstellt. Das Signal an die Arbeitnehmenden ist dabei klar: Pech hat, wer heute noch ehrlich Geld verdienen muss, geschaut wird schliesslich für die Privilegierten und Vermögenden.

Die Arbeitnehmenden bezahlen die Reform mehrfach: Erstens müssen sie auf ihrem Sparkonto weiterhin Verrechnungssteuer bezahlen. Zweitens bedeuten die Steuerausfälle, dass der öffentlichen Hand Geld für wichtige Aufgaben fehlen wird. Bundesrat Maurer spielt die Verluste herunter, wenn er bei der Verrechnungssteuer optimistisch von jährlichen Ausfällen von 172 Millionen Franken spricht. Nur im derzeitigen aussergewöhnlichen Tiefzinsumfeld wären diese so tief. Die Zinsen werden jedoch wieder steigen. Wahrscheinlich ist mittelfristig ein Zinsniveau von 3-4 Prozent, dann betragen die Ausfälle plötzlich 400-600 Millionen Franken und mehr. Wie hoch der zusätzliche Schaden durch die Nutzung der neuen Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung ausfallen wird, ist ohnehin kaum abzuschätzen.

Mit der Abschaffung der Verrechnungssteuer würden der Bundeskasse hohe Einnahmen fehlen, die für den Ausbau der Kinderbetreuung, für Prämienverbilligungen, für Investitionen in den Service Public gebraucht werden. Und wir kennen ja die Geschichte bei Steuersenkungsvorlagen: die Ausfälle werden kleingeredet, aber dann werden in jedem Kostensenkungspaket die sinkenden Annahmen als Rechtfertigung genannt. Im schlimmsten Fall also führt dieses Steuergeschenk an die Reichen zu Spar- und Abbauprogrammen, mit denen der Staat seine Leistungen kürzt.

Eine solche hemmungslose Umverteilungspolitik von unten nach oben gilt es zu verhindern. Mit dem Referendum tragen wir dazu bei, dass die Interessen der Normalverdienenden, die hart arbeiten und ihre Steuern zahlen, politisch berücksichtigt werden. Respekt für alle Bürger:innen!

Deswegen ein lautes, gewerkschaftliches «Nein» zur Abschaffung der Verrechnungssteuer!

* * * * *

Gerhard Andrey, Nationalrat GRÜNE (FR)

Mesdames et Messieurs les journalistes, nous aussi, les Verts, nous nous opposons aujourd'hui par référendum à l'abolition de l'impôt anticipé qui, une fois de plus, offre des cadeaux fiscaux et des échappatoires à ceux qui n'en ont pas besoin ou qui ne devraient pas en bénéficier, encourage les comportements déloyaux par la fraude fiscale et prive la Confédération de recettes importantes. Le projet ne coûte pas seulement de l'argent, il n'a surtout aucun effet positif sur l'économie nationale. Il ne crée pas d'emplois, mais seulement un surcroît de spéculation et d'astuces fiscales.

Permettez-moi d'aborder un autre aspect. Qu'est-ce qui rend la Suisse attractive pour les entreprises, les organisations et les particuliers ? L'État de droit. La stabilité. La liberté. La sécurité. L'innovation. L'esprit d'entreprise. L'infrastructure. L'éducation et formation. La qualité de vie. La liste de ces noms de poids pourrait encore s'allonger un bon moment. On y trouve à peu près tout ce que les entreprises et les particuliers recherchent. Oui, ces valeurs font la Suisse.

Et cela est déjà disponible aujourd'hui à un niveau d'imposition très avantageux en comparaison internationale. En effet, quelle que soit l'apparence particulière de l'une ou l'autre de nos taxes - les autres pays connaissent leurs propres curiosités fiscales - la Suisse est déjà incroyablement attractive en fin de compte.

Avec la stratégie consistant à supprimer progressivement des recettes fiscales importantes et à créer de nouvelles niches fiscales, la place économique suisse est bradée au rabais. Nous avons enfin besoin d'un narratif digne de la Suisse : plus de qualité que de quantité ! Nous ferions bien, en tant que pays, d'attirer des commerces qui recherchent en premier lieu ces valeurs au lieu de vouloir réaliser uniquement un avantage fiscal.

Und als Finanzpolitiker kann ich nicht verantworten, dass dem Bund hunderte Millionen Franken Steuereinnahmen entgehen. Die Salami, von welcher die Verrechnungssteuerscheibe abgeschnitten werden soll, ist ja milliardenschwer. Die Abschaffung der Industriezölle ist beschlossene Sache. Über Die Stempelabgaben wird sich das Stimmvolk im Februar glücklicherweise äussern können. In der Summe die machen diese Abgaben einen grossen Unterschied im Bundeshaushalt.

Wir steuern sowieso auf eine gefährliche Mischung zu: Die bundesrätliche Finanzpolitik will nämlich die Corona-Schulden unnötig streng abbauen und gleichzeitig immer weitere Steuern abschaffen. Der bereits heute sehr enge finanzielle Spielraum wird damit noch viel enger. Dabei müsste genau das Gegenteil geschehen: Die Altersvorsorge, der Klimawandel oder der Biodiversitätsverlust wird uns in den kommenden Jahrzehnten vor grosse finanzielle Herausforderungen stellen. Das anerkennt sogar die Finanzverwaltung in ihren Prognosen. Ein Rätsel, weshalb der Bundesrat unter diesen Vorzeichen Steuergeschenke verteilen will.

Geschätzte Anwesende, wir GRÜNE fordern eine ganzheitliche Steuerpolitik, welche den aktuellen und künftigen finanziellen Herausforderungen des Landes gerecht wird. Wir wollen deshalb die eingespielte Verrechnungssteuer mit Sicherungszweck beibehalten.